

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

EWG - die Unvollendete

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Scharrer, Hans-Eckart (1968) : EWG - die Unvollendete, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 7, pp. 361-362

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133860>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

EWG — die Unvollendete

Am 1. Juli 1968, eineinhalb Jahre früher, als im EWG-Vertrag vorgesehen, wurde das erste wichtige Etappenziel auf dem Wege zur (klein-)europäischen Einigung erreicht. Seit jenem Tage präsentiert sich die EWG als Zolltarifunion. Die letzten Binnenzölle sind gefallen, der Übergang zum gemeinsamen Außenzoll ist vollzogen, die Verpflichtungen aus der Kennedy-Runde wurden fristgemäß erfüllt. Auch auf dem Agrarsektor sind mit der Verständigung über die meisten Marktordnungen die Weichen für die Zukunft gestellt. In die Genugtuung über dieses allen Hindernissen zum Trotz vorzeitig erreichte Ziel mischt sich angesichts der Fülle der anstehenden Probleme die Besorgnis über die Zukunft der Gemeinschaft. In der Tat ist auffallend, daß mit fortschreitender Integration die Zahl der noch zu lösenden Aufgaben zu wachsen scheint, zumindest aber ihr Schwierigkeitsgrad ständig zunimmt. Hinter den pauschalen Formulierungen — Harmonisierung der Steuer- und Sozialgesetzgebung, Koordinierung der Konjunktur- und Wachstumspolitik, Schaffung einer gemeinsamen Währung — verbirgt sich die administrative und politische Sisyphusarbeit, Tausende von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften auf ihre gegenseitige Vereinbarkeit zu prüfen und notfalls zu revidieren. Beim Eintritt in die zweite Etappe lassen sich vier Komplexe erkennen, die besonders dringend einer Lösung bedürfen.

Im Vordergrund steht die Vollendung der Zollunion. Die Abschaffung der Grenzkontrollen bedarf neben der Angleichung des Zollrechts vor allem einer Harmonisierung der Verbrauchsteuersysteme — mit der Grundentscheidung für die Mehrwertbesteuerung wurde ein erster wichtiger Schritt getan — und darüber hinaus der Steuersätze. Dies wird letztlich eine Umstrukturierung der gesamten nationalen Steuerverfassungen zur Folge haben. Auf dem Agrarsektor erzwingen die rasch steigenden finanziellen Lasten und die wachsenden Produktionsüberschüsse eine Reform des Systems. In diesem Zusammenhang muß auch das Verhältnis zwischen nationaler und gemeinsamer Agrarpolitik von Grund auf überdacht werden. Dabei stellt sich unter anderem die Frage, wie lange die Volkswirtschaften es sich noch leisten können, dem Fetisch der sektoralen Einkommensparität kostspielige Opfer zu bringen. Im Bereich des Kapitalverkehrs steht einerseits die weitere Liberalisierung der Portfolio-Kapitalbewegungen an — die dritte Richtlinie liegt seit Februar 1967 auf Eis —, andererseits die Schaffung eines europäischen Unternehmensstatuts, das die Gründung multinationaler Gesellschaften auf EWG-Ebene erlaubt. Schließlich wird nach der vor nunmehr einem Jahr erfolgten Fusion der Exekutiven von EWG, Montanunion und Euratom die Fusion der Gemeinschaften selbst aktuell. Ein Problem, das sich schon in der Vergangenheit als besonders dornenreich erwiesen hat.

Wie steht es angesichts dieses mühelos zu erweiternden Katalogs vordringlicher Aufgaben mit ihren Realisierungschancen? Schwerer als die permanente politische Instabilität Belgiens und Italiens wiegen die sozialen Erschütterungen Frankreichs, deren ökonomische und politische Auswirkungen weit über die Wahlen hinaus in die Zukunft reichen. Sie sind für den Fortgang der europäischen Integration

vor allem deshalb so bedeutsam, weil die Gefahr besteht, daß die „Grande Nation“ ihre innere Schwäche durch eine noch gesteigerte außen- (wirtschafts-) politische Intransigenz zu kompensieren sucht. Die zusätzlichen Lohn- und Sozialbelastungen von rund 15 % bedeuten eine ganz erhebliche Belastung der französischen Wirtschaft, die dadurch auf eine gefährliche Gratwanderung zwischen eskalierender Inflation und kumulativer Arbeitslosigkeit geführt wird. In dieser Situation ist mit der pünktlichen Erfüllung der internationalen Verpflichtungen eine Grundsatzentscheidung getroffen worden, die vor allem für die französischen Unternehmungen selbst Signalwirkung besitzt: der Schritt in die Zollunion beweist die Entschlossenheit des neuen Wirtschaftsministers Couve de Murville, das Heil in der Expansion und im Wettbewerb und nicht im Protektionismus zu suchen. Die Aktivierung aller dynamischen Kräfte ist in der Tat die einzige Therapie, die angesichts der großen wirtschaftlichen und sozialen Spannungen im Inland und der Franc-Schwäche auf den internationalen Valutamärkten anhaltenden Erfolg verspricht. Der positive Eindruck, den die Entscheidung für den Abbau der Zollschränken erweckt, wird bei realistischer Einschätzung der Lage auch durch die neuen Importrestriktionen, Exportsubventionen und Devisenbeschränkungen nicht wesentlich beeinträchtigt. Als temporäre Notstandsmaßnahmen erscheinen die Eingriffe wohl dosiert und harmonisch aufeinander abgestimmt. Die von anderen Ländern angedrohten „Vergeltungsmaßnahmen“ sind daher nicht recht begründet. Das französische Vorgehen dürfte entscheidend dazu beigetragen haben, daß eine Franc-Abwertung zunächst vermieden werden konnte und somit dem internationalen Währungssystem eine weitere Belastung erspart geblieben ist. Im übrigen wird jetzt alles davon abhängen, wie rasch es dem liberalen und pragmatischen Ressortchef gelingt, die Wirtschaft auf den Gleichgewichtspfad zurückzuführen.

Mindestens genauso entscheidend wie die konkrete Ausgestaltung der französischen Eingriffe ist jedoch die Art und Weise ihrer Durchsetzung. De Gaulle hat demonstrativ gezeigt, daß er nach wie vor nicht bereit ist, seine „Politik der Stärke“ gegenüber seinen Freunden und Verbündeten aufzugeben. EWG und GATT wurden zwar informiert, aber nicht — oder doch nicht ausreichend — konsultiert. Der General hat kaum einen Zweifel daran gelassen, daß ein negatives Verdikt dieser Gremien ihn im Grunde nur wenig berühren könnte. Damit setzt Frankreich selbst im Moment seiner Schwäche einen Weg fort, der bereits in der Vergangenheit die EWG wiederholt in die Krise gestürzt hat, ja, ihre Existenz selbst in Frage stellte.

Um der Gerechtigkeit willen muß festgestellt werden, daß diese Haltung heute — leider — nicht mehr auf Frankreich allein beschränkt ist. In der Veto-Eskalation um den Beitritt Großbritanniens und die Formulierung der gemeinsamen Agrarpolitik feierte sie ihre bisher größten (und traurigsten) Triumphe. Die Haltung ist Ausdruck eines kurzsichtigen, einseitig nationalstaatlich-egoistischen Denkens, das in der EWG nur ein Instrument zur Verfolgung eigener partieller Sonderinteressen sieht. Dieses Denken stellt heute die schwerste Gefahr für die EWG dar, es droht die Erfüllung der wichtigen Aufgaben zu sabotieren. Es muß daher mit allen Mitteln überwunden werden. Der 1. Juli ist ein günstiger Anlaß, im Rückblick auf die gemeinsam erzielten Erfolge die Kräfte neu zu sammeln und zu koordinieren, um den faszinierenden wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können. Die Alternative zum gemeinsamen Fortschritt ist nicht Stillstand, sondern Verlust des Erreichten und Rückfall in den Partikularismus. Angesichts dieser Alternative sollte den Regierungen die Entscheidung nicht schwer fallen.

Hans-Eckart Scharrer